



KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 203

Wilhelmshaven

November 2004

Adieu Soziale Stadt?

Und wieder wurde ein zartes Pflänzchen abgeknickt! Auf Seite 3 geht es um die Wahrheitsfindung.



Wahrheiten

Auf der letzten Versammlung der Arbeitsloseninitiative ging es einmal nicht um Hartz IV, sondern um den Mindestlohn. Warum dessen Realisierung überfällig ist, erfahren Sie auf Seite 4.

Die Ratssplitter haben einen Sprung nach vorne gemacht. Diesmal finden Sie den Kehrriethaufen auf Seite 5.

Im letzten Gegenwind stellten wir Ihnen das Buch "Die Reformlüge" vor. In dieser Ausgabe berichten wir auf Seite 6 über eine Veranstaltung mit dem Autor Albrecht Müller. Nicht sparen, sondern die Konjunktur anschieben!

Wilhelmshavens Freizeitgebiete werden Stück für Stück dem Hafengott geopfert. Das Freizeitgebiet Schleuseninsel soll Gewerbefläche werden - auch ohne Hafentorbrücke. Dann wird aus der 'Maritimen Meile' eine Rennstrecke. - Seite 7

Im Textilhof gibt es etwas umsonst - immer dann, wenn die Wilhelmshavener Tafel ihre Pforten öffnet. Auf Seite 8 beleuchten wir die Arbeit dieser beachtenswerten Initiative.

War der Name des grünen Umweltministers Trittin bis vor wenigen Wochen noch ein rotes Tuch für Wilhelmshavens Industrie und Politik (Strompreis für Ineos), wird er plötzlich als 'Botschafter Wilhelmshavens' gebauchpinselt. Über diesen Sinneswandel berichten wir auf Seite 9.

Einen völlig sportfreien Bericht über ein Sportereignis bieten wir auf der Seite 9.

Ist Hartz IV mit dem Grundgesetz vereinbar? Rechtswissenschaftler sehen darin eine massive Einschränkung der Grundrechte - auf Seite 10 gibt es Hintergrundinformationen.

Der beschlossene Abriss der Südzentrale erhitzt noch immer die Gemüter der WilhelmshavenerInnen. Wir stellen auf Seite 11 alternative Nutzungsmöglichkeiten vor.



Der Castor rollt wieder ins Wendland -

Kurzinfos auf Seite 10

meldungen

Stell dir vor ...

... einer der weltbesten Bluesgitarristen kommt nach Schortens - und fast keine/r geht hin. Mitte Oktober gastierte Rudy Rotta zum dritten Mal im Grafschafter Faircafé, gerade frisch zurück aus den Bluesmetropolen der USA, wo er in den letzten Jahren schon vor 20.000 Leuten in ausverkauften Sälen spielte, zusammen mit Größen wie Taj Mahal, Peter Green oder Luther Allison. Am 16.10. verzauberte er im Faircafé gerade mal 40 Bluesfans, die gebannt wie begeistert verfolgten, was Rudy seiner Fender Stratocaster alles entlocken kann, begleitet von seiner elektrisierenden Stimme, einem charismatischen Keyborder und einer verlässlichen zweiköpfigen Rhythmusgruppe. Die Enttäuschung über den geringen Zuspruch ließ er sich nicht anmerken, ob 40 oder 20.000 Zuhörer, das italienische Blueswunder bleibt seinem Publikum nichts schuldig. Höchstens sich selbst: Im Faircafé gibt es für die Bands keine kostendeckende Fixgagen, nur die Eintrittsgelder.

Aber wie kam es nach zwei ausverkauften Konzerten in Grafschaft zu dieser schwach besuchten Veranstaltung? Üblicherweise vermag eine Wilhelmshavener Wochenzeitung mit ausführlichen Vorberichten zu Faircafé-Veranstaltungen die mangelnde Unterstützung anderer Tages- und Wochenzeitungen zu kompensieren, doch diesmal ist es dem Redakteur aus irgendwelchen Gründen "durchgerutscht", was auch die aufwändige Plakatierung nicht wettmachen konnte.

Wie auch immer: Rudy Rotta kommt im nächsten Jahr wieder ins Faircafé; er ist dem wohl ungewöhnlichsten Musikklub Deutschlands (der neulich auch in den renommierten "Bluesnews" Erwähnung fand), seinen Betreibern (die die Bands auch bekochen und unterbringen) und nicht zuletzt seinen Besuchern mittlerweile persönlich verbunden. Bis dahin gibt es übrigens im Faircafé mit abgeschlossenem Weltladen noch viele andere gute Livekonzerte und "nebenbei" auch frisch gerösteten Kaffee und andere Produkte aus fairem Handel. (iz)

Faircafé und Weltladen,
26419 Schortens / Grafschaft,
Accumer Str. / Birkenstr., Tel.: 04423/98049
www.fair-cafe.com
www.mercado-mundial.com
geöffnet Dienstag - Freitag und
Sonntag von 14.30 bis open-end

Nee, ne?

Interessanter Umgang eines Landtagsabgeordneten mit Statistiken

Die Landesregierung hat die Mittel, die für 2005 für das Programm "Hilfe zur Arbeit für Nicht-Sesshafte" vorgesehen waren, gestrichen. Ursula Aljets kritisiert diesen Schritt. Uwe Biester verteidigt ihn mit der Begründung, dieses Programm sei nicht erfolgreich genug. So lesen wir in der "WZ" vom 12.10.2004.

Politiker haben das Recht, ja manchmal sogar die vermeintliche Pflicht, sich über Dinge zu äußern, von denen sie nichts verstehen. Hätte Biester nur so viel gesagt und danach zu diesem Thema geschwiegen, wäre es ja gut gewesen. Mir jedenfalls wäre nichts aufgefallen. Aber nein, er sagte noch mehr dazu. Er "bewies" die mangelnde Effizienz von Maßnahmen für Nicht-Sesshafte anhand von Zahlen.

"Nach Biesters Darstellung ... gab es im vergangenen Jahr in Niedersachsen zwölf Projekte mit insgesamt 355 Teilnehmern" im Bereich der Hilfe zur Arbeit für Nicht-Sesshafte. "75 Prozent hätten die Maßnahme vorzeitig abgebrochen, nur 21 Prozent hätten bis zum Schluss durchgehalten. Nach sechs Monaten waren 14 Prozent im ersten Arbeitsmarkt beschäftigt, weitere sieben Prozent im zweiten."

Hmm! Also alle, die bis zum Schluss in ihrer Maßnahme waren, haben danach gearbeitet. Dann haben vermutlich viele von ihnen, wenn nicht alle, bis zum Abschluss der Maßnahme auch wieder einen Wohnsitz gehabt. So etwas finde ich irre erfolgreich! Dass 75 %

eine solche Maßnahme schnell abbrechen, erstaunt mich nicht. Nicht-Sesshafte haben in sehr vielen Fällen ein massives Alkoholproblem, zahlreiche von ihnen zusätzlich weitere schwere psychische Störungen. Ich hätte mit einer wesentlich höheren Abbrecherquote gerechnet. Was hat Biester daran zu meckern?

Ach so! "Bei Strafgefangenen liege die Abbruchquote lediglich bei 42 Prozent,..." - lediglich?!? - Strafgefangene sind eingesperrt. Durch Teilnahme an einer Maßnahme verdienen sie sich Vollzugslockerungen. Daran gemessen finde ich eine Abbruchquote von 42 Prozent verdammt hoch! - "..., bei Langzeitarbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfängern sogar nur bei 16 Prozent. Diese seien nach sechs Monaten sogar zu 29 Prozent in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt worden." Toll! Und erstaunlich! Herzlichen Glückwunsch an diese Leute und erst recht an die, die ihnen dabei geholfen haben! Über die nur 29 Prozent Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt will ich mal nichts sagen, denn wir wissen ja, wie es dem Arbeitsmarkt geht.

Gänzlich baff war ich dann aber bei Biesters letzter Vergleichsgruppe: "Als Beispiel, das die unterschiedliche Wirkung vergleichbarer Förderstrukturen deutlich macht, zieht Biester die Förderung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Frauen heran. Sie weisen eine Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt von 42 Prozent auf." Vergleichbare Förderstrukturen? Bestimmt aber nicht **vergleichbare** Zielgruppen!!!

(Alle Zitate aus dem WZ-Artikel "Biester zweifelt am Erfolg". 12.10.2004)

Anette Nowak

Bye bye Seeräuber

Am 31. Oktober schloss das Jugendhotel Seeräuber mit dem Café Seewärts endgültig seine Pforten. Die Stadt hatte den Pachtvertrag gekündigt, weil die Immobilie einem geplanten Hotelturn weichen soll. Da vor einigen Jahren auch die Jugendherberge geschlossen wurde und demnächst der Campingplatz verschwindet, gibt es für Jugendliche so gut wie keine Möglichkeit mehr, allein oder als Gruppe günstig in Wilhelmshaven unterzukommen. Nur das Jugendgästehaus "Piratennest" in der Ebertstraße bietet noch einige Plätze.

Wegen planungsrechtlicher Probleme ist aber noch gar nicht klar, ob der Hotelturn am Südstrand realisiert wird. Wenn nicht, dann hat man umsonst ein wichtiges Tourismussegment aufgegeben, und die leer stehende Immobilie wird einen zunehmend schlechten Eindruck auf der Südstrandpromenade hinterlassen: Tote Fenster, wo jahrelang fröhliche junge Leute in einmaligem Ambiente geurlaubt, gefeiert und gegessen haben. (iz)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de
Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen,
Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Anette Nowak,
Arne Schulz, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke
Zwoch;
Druck: Beta-Druck; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 04.11.2004

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die
durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder
durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe
beigetragen haben.

Jonathan



Naturkost

Dass sie von dem Sauerkohle

eine Portion sich hole, wofür sie besonders schwärmt, wenn er wieder aufgewärmt.
Ab sofort bei uns: Frisches Fränkisches Sauerkraut vom Fass - für Sie und Witwe Bolte..

Marktstraße 94, Tel.+Fax: 04421/13438

Wahrheitsfindung

Soziale Stadt: Wer ist schuld am Verlust der Fördermittel?

(iz) Wilhelmshaven bekommt 2004 keine Landesmittel für das Programm "Soziale Stadt". Die Mehrheitsgruppe im Rat kritisiert die Landesregierung, die Opposition geht vom Eigenverschulden der Stadt aus. Doch selbst der überraschend erzielte Konsens kann die Zukunft des Förderprogramms nicht retten.

"Kein Schwein ruft mich an ...", schlug Bürgermeisterin Aljets nach der Ratsdiskussion flötend einen Titel für unseren Bericht vor. Tatsächlich haben Kommunikationsstörungen zwischen Behörden und Fraktionen zum Verlust der Fördermittel beigetragen. Es brauchte über eine Stunde Diskussion, bis sich aus gegenseitigen Schuldzuweisungen doch noch eine brauchbare Analyse entwickelte.

Die Mehrheitsfraktion legte den Entwurf einer Resolution an die Landesregierung vor, die der Rat beschließen sollte. Demnach entnahm man Mitte September "ohne jegliche Vorwarnung" einer Pressemitteilung des Sozialministeriums, dass Wilhelmshaven für 2004 vom Land nicht im Programm Soziale Stadt berücksichtigt worden ist. Stein des münsterischen Anstoßes soll ein "Kassenrest" von 340.000 Euro sein, den die Stadt nicht abgerufen hat. Allerdings ist das meiste davon durch Aufträge gebunden, nur 84.000 Euro sind frei verfügbar. Die reichen nicht aus, um das Programm über den 31.12.2004 hinaus zu betreiben. "Mit Bedauern nimmt der Rat zur Kenntnis", dass den beiden Mitarbeitern zum 31.12. gekündigt wurde, dito der Mietvertrag fürs Stadtteilbüro und der Vertrag mit dem Treuhänder.

Irungen und Versäumnisse

"Stadt hat Förderpanne zu verantworten" durfte die CDU-Fraktion, zum Ärger der SPD, am Tag vor der Ratssitzung in der WZ titeln. Nach Auffassung von CDU-Sprecher Günter Reuter hat es durchaus Vorwarnungen gegeben. Am 3.4.2003 hatte die Bezirksregierung die Stadt aufgefordert, bis zum 16.6. die Unterlagen für die anstehenden Teilprojekte einzureichen. Dem sei die Stadt aber erst zum 7.7. nachgekommen, "als hätten wir es nicht eilig". Im November 2003 sei der zuständige Sachbearbeiter bei der Stadtverwaltung "vergeblich angemahnt" worden, zum zögerlichen Mittelabruf Stellung zu nehmen. Stadtbaurat Kottek nahm seinen Mitarbeiter in Schutz. Zwischen diesem und einem Mitarbeiter des Ministeriums habe nur, am Rande einer Tagung, ein informelles "Frühstücksgespräch" stattgefunden, Schriftliches gab es nicht.

Durch die scharfe Diktion der Resolution, fürchtete Reuter, könne man die Landesregierung für alle zukünftigen Projekte der Stadt vergrämen. "Die Sache ist gegessen, wir sollten jetzt kein Porzellan zerschlagen."

Ruf-mich-an!

Reuter kritisierte, dass Dr. Biester (CDU), der die Stadt im Landtag vertritt, verspätet und unzureichend über den Fortgang des Projektes und die aufgetretenen Schwierigkeiten in Kenntnis gesetzt wurde. Die SPD wiederum sieht den MdL in der Pflicht, sich aktiv über Entwicklungen in seiner Stadt zu informieren. Es entspann sich ein Streit, wer wann zum Telefonhörer greifen müsse, um die andere Seite zu informieren - z. B. auch, um gemeinsam Resolutionen zu verfassen.

Am Ende versprach (oder drohte?) Reuter, ab jetzt wöchentlich bei SPD-Sprecher Neumann durchzuklingeln, um zukünftig Kommunikationslücken zu vermeiden.

Friedensstifter

Im Grundsatz stimmte die CDU zu, dass man sich schriftlich ans Ministerium wenden muss. Einen "starken Eindruck" könne dort aber nur eine im Rat konsensfähige Eingabe

Die Hiobsbotschaft

Aus der Pressemitteilung des Sozialministeriums zum Förderprogramm 2004 (vom 6.9.2004): "Wir führen die Städtebauförderung trotz der angespannten finanziellen Lage in diesem Jahr weiter und wollen lediglich 2005 für ein Jahr aussetzen", so die Ministerin. Die nun bereitgestellten Mittel würden den Kommunen helfen, die einjährige Förderpause zu überbrücken, erklärt von der Leyen. Mit Hilfe des Landesprogramms ist es zudem möglich, die Kommunen anteilig bei der Gegenfinanzierung ihres Eigenanteils beim Einsatz von Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Städtebauförderung zu unterstützen. Für diesen Zweck stehen 42 Millionen Euro bereit. Diese EU-Förderung besteht voraussichtlich nur noch bis zum Jahr 2006; ob sie dann weitergeführt wird, hat die Europäische Union noch nicht entschieden ... Über das Programm 'Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf' - 'die soziale Stadt' werden (unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Verwaltungsvereinbarung) u. a. folgende Städte und Gemeinden mit dem Bund gefördert ..."

Wilhelmshaven ist, wie wir jetzt wissen, nicht dabei. In den Genuss der Förderung kommen hingegen z. B. Emden und Leer (je 800.000 Euro), Nordenham (176.600 Euro) und Oldenburg (276.400 Euro).

hinterlassen. "Meint die Mehrheitsgruppe, bei wichtigen Entscheidungen die Opposition auslassen zu können? Das ist ein Irrweg für das gemeinsame Handeln zum Wohle der Stadt!"

FDP-Ratsherr Michael von Teichman beschwichtigte: Wer wann was falsch gemacht hätte, ließe sich durch Akteneinsicht klären, das solle man sich aber jetzt nicht "um die Ohren hauen." Im Unterschied zu Reuter, der das Ganze vertagen wollte, zog von Teichman eine geänderte Version der Resolution aus dem Hut, die irgendwo in der Mitte zwischen SPD-Entwurf und CDU-Vorstellungen lag - "auch wenn es sich gegen die von uns getragene Landesregierung richtet". Nach kurzer Sitzungsunterbrechung zur Beratung einigte man sich einstimmig auf den Änderungsvorschlag der FDP. Unter anderem wurde "verheerende" durch "erhebliche" Auswirkungen ersetzt und das Versprechen ange-

Weiter auf der nächsten Seite

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Termine:

Laternenumzug Freitag 12. November

Los gehts um 17.30 Uhr
Ein kleiner Rundgang durch den Stadtteil Bant für groß und klein

anschließend Kakao, Punsch, Würstchen und Kartoffelsalat im Cafe MüZe

Bitte Teilnahme bis zum 10.11.04 anmelden

Weihnachtsbasar

Sonntag 21. November
von 15.00 bis 18.00 Uhr
Mit großer Tombola

Selbstgemachtes kann zum Verkauf angeboten werden.
Stände unbedingt rechtzeitig anmelden

Frauenwohlfühltag

Donnerstag 25. November
von 8.30 bis 14.00 Uhr
Wohlfühlmassagen für Rücken, Gesicht und Füße.

Kosmetische Behandlungen, Maniküre und Haarstyling.
Kleines türkisches Buffet zum Mittag.

Anmeldung erforderlich

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Sonntag - Freitag

9.30 - 13.30 Uhr

Fortsetzung "Wahrheitsfindung"

hängt, die noch ausstehenden Maßnahmen zügig abzuwickeln.

Wie geht es weiter?

Selbst wenn die Protestnote der Stadt die Landesregierung umstimmen sollte, wird es ab 2005 eng - nicht nur für Wilhelmshaven. Für das kommende Jahr hat das Sozialministerium die Mittel für das Programm "Soziale Stadt" komplett eingefroren. 2006 läuft das EU-Förderprogramm aus, das 50% Komplementärmittel liefert, wobei eine Wiederaufnahme offen ist. SPD-Landespolitiker Heinrich Aller fürchtet den "Einstieg in den Ausstieg" des Landes Niedersachsen. "Es ist kurzfristig und unverantwortlich, wenn Niedersachsen auf die Bundesmittel verzichtet und damit die Kontinuität der Städtebauförderung und des Programms "Soziale Stadt" insgesamt gefährdet. Angesichts der großen Probleme im Handwerk und am Arbeitsmarkt ist das gleichbedeutend mit 'Auftrags- und Investitionsentzug sowie Verschärfung der Lage am Arbeitsmarkt'".

Nutzloser Erfolg?

Ausgerechnet der sonst im Rat selten erhörte FDP-Ratscherr von Teichmann schafft es, einen Änderungsantrag durchzubringen und damit in einer überlebenswichtigen Frage die üblichen Kampfhähne der großen Fraktionen zu befrieden. Seinen Vorschlag trug er mit ungewohnt sanfter Wortwahl und Tonlage vor. Den Erfolg verdankt er aber wohl eher der Zwangslage, dass ein Konsens für die SPD-Resolution zur Rettung des Projekts zwingend war; sie mit den Gegenstimmen von CDU und FDP an die CDU-FDP-geführte Landesregierung zu schicken, wäre dummer gewesen als sich gar nicht zu rühren.

Eine Frage wurde bei all dem nicht gestellt: Ist es gegenüber der Landesregierung das richtige Signal, trotz verbalen Protests gleich die Flinte ins Korn, sprich die Mitarbeiter hinauszuerwerfen und Immobilien- und

Auch die Landtagsgrünen üben Kritik: "Die Sozialministerin behauptet zur Begründung dieser Streichung öffentlich, sie wolle lieber in Menschen statt in Beton investieren. Deutlicher kann sie nicht zeigen, dass sie Sinn und Zweck des Programms Soziale Stadt, bei dem es um das genaue Gegenteil von Beton geht, nicht verstanden hat." Die Abgeordnete Filiz Polat äußerte in der Plenarsitzung am 29.10.2004 Misstrauen: "Wir wissen ja auch noch gar nicht, ob es nur bei einer Aussetzung des Programms in 2005 bleibt oder ob sich nicht der Finanzminister gegen die Fachministerin durchsetzt und aus der Aussetzung eine komplette Streichung in der mittelfristigen Planung wird." Nach ihren Recherchen werden "nicht nur Bundesmittel für das Jahr 2005, sondern auch private Anschlussinvestitionen von fast 500 Mio. Euro (Multiplikatoreffekt) für den niedersächsischen Mittelstand verfallen ... Die durch die Förderprogramme entstandenen Strukturen würden durch eine Förderunterbrechung gefährdet und wichtige Stadtentwicklungschancen verpasst."

Abwicklungsverträge zu kündigen? Das zeugt von Hoffnungslosigkeit und macht die Resolution zum zahnlosen Tiger. Und nimmt dem Projekt die nötige Präsenz und Kontinuität, die Thorsten Stahlhut und seine haupt- und ehrenamtlichen Unterstützer mühevoll aufgebaut haben. Ob das Projekt eine Zukunft hat, entscheidet sich nicht im Ratssaal. Wenn das Land für 2005 und die EU ab 2006 die Förderung einstellen, ist "die Sache gegessen", wie CDU-Sprecher Reuter unkt. Sollte das Projekt aber für 2004 und möglicherweise auch später wieder aufleben, kommt der organisatorische Bruch der Stadt teuer zu stehen als eine Nachbewilligung städtischer Projektmittel, um den roten Faden aufrechtzuerhalten, bis Land und damit auch Bund und EU wieder im Boot sind.

Imke Zwoch

das fair-café

November / Dezember 2004

Die Konzerte beginnen um ca. 20.30 Uhr

5.11.: Mitch Hillford and MYSTERY TRAIN
Nein, der milchgesichtige Freak auf der Bühne ist NICHT der Roadie. Es steht nicht auf Techno, sondern auf Albert, Freddie und BB King und Jimi Hendrix. Wartet, bis er die Gitarre in die Hand nimmt ... Das tat er zum ersten Mal mit 14. Heute, nur 5 Jahre später, gilt er als der vielversprechendste Nachwuchs-Blueser überhaupt, der außer ein paar eigenwilligen Covers vorwiegend Eigenes zu Gehör bringt.

13.11.: Los Roaring Isettas (Oldenburg)
19.11.: Smells Funky (Oldenburg)
27.11.: SOULSHINE (Hamburg / Chicago)
2.12.: Sonder-Gastspiel WOLF MAIL (Kalifornien) *Der Meister des melodischen Blues-Rocks auf Welttournee*

4.12.: Johnny Blue & the Race
Big Guitar Blues und Swing

10.12.: J.J. & The Shuffle Kings (Bremen)
18.12.: Big Daddy Wilson & Doc. Fozz (North Carolina / Bremen) *Back To The Roots - "Wilson knows how to make you stomp your feet and sing along. He takes you back home, down the dirty roads!"*

Fair-Café im Fairhandelshaus Mercado Mundial, Accumer Str. / Birkenstr., 26419 Schortens / Grafenschaft. Booking und Ticket-Service: Tel. 04423-7093-60 Fax -61

Wahlalternative
Arbeit & soziale
Gerechtigkeit

Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
Tel.: 04421-46 68 36
www.wahlalternative-whv.de

Lohn unter Sozialhilfeniveau?

Die Forderung nach Mindestlohn ist nicht überflüssig, sondern überfällig

(noa) Nachdem monatelang auf den Versammlungen der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland immer wieder Hartz IV Thema gewesen war, gab es am 12. Oktober etwas Neues: Dr. Gabriele Peter, Juristin bei der NGG Hamburg, sprach zum Thema "Mindestlohn".

Die Gewerkschaft NGG fordert seit 1999 die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland, stand damit innerhalb der Gewerkschaftslandschaft aber immer recht einsam da. Im Gegensatz zu den Betreibungen aus Politik und Wirtschaft, Niedriglöhne würden Arbeitsplätze schaffen, da Unternehmer wegen der hohen Löhne sich scheuten, Arbeitskräfte einzustellen, weiß man im Hotel- und Gaststättengewerbe aus bitterer Erfahrung: Niedriglöhne bringen keine Beschäftigung! Die Forderung nach dem Mindestlohn ist also nicht überflüssig, sondern überfällig.

In den meisten EU-Ländern gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn; neun der fünfzehn EU-Staaten vor dem Beitritt von zehn neuen Staaten zum 1. Mai kennen ihn; die zehn

neuen haben ihn ohne Ausnahme. Die folgende Tabelle zeigt die Höhe der Mindestlöhne in den neun "älteren" EU-Staaten:

| | |
|----------------|------------|
| Luxemburg | 1.403 Euro |
| Niederlande | 1.265 Euro |
| Belgien | 1.186 Euro |
| Frankreich | 1.173 Euro |
| Großbritannien | 1.083 Euro |
| Irland | 1.073 Euro |
| Griechenland | 605 Euro |
| Spanien | 537 Euro |
| Portugal | 498 Euro |

Die Länder mit den höchsten Mindestlöhnen sind unmittelbare Nachbarn Deutsch-

lands - so abwegig ist der Wunsch, auch hier möge es einen Mindestlohn geben, wohl nicht. Erst recht nicht, wenn wir deutsche Tariflöhne dagegenhalten: So ist das unterste Tarifentgelt im Friseurhandwerk Nordrhein-Westfalens 770 Euro, knapp mehr als der halbe luxemburgische Mindestlohn!

In den neuen EU-Ländern sind die Mindestlöhne deutlich niedriger, das reicht von 543 Euro in Malta bis 61 Euro in Bulgarien. Damit kommt man allerdings weiter als ein Düsseldorfer Friseur: Die Kaufkraft des bulgarischen Mindestlohns entspricht immerhin der Kaufkraft von 810 Euro in Deutschland.

In der Armutsforschung gibt es die Unterscheidung zwischen "prekären Entgelten" und "Armutslöhnen", wobei als prekär ein Lohn in Höhe von 50 bis 75 Prozent des Durchschnittslohns, als Armutslohn ein Entgelt unter 50 Prozent gilt. In den alten Bundesländern haben 23,8% der Vollzeitbeschäftigten (das sind absolut 4,17 Millionen) ein prekäres Entgelt; 12,1% (2,21 Millionen) einen Armutslohn. Zum Vergleich die entsprechenden Zahlen aus den neuen Bundesländern: prekäres Entgelt 1,12 Mio. (= 26%), Armutslohn 0,41 Mio. (= 9,5%). Es sieht nicht so aus, als bräuchten wir dringend eine Ausweitung des Niedriglohnsektors!

Ratssplitter

vom 27. Oktober 2004

zusammengekehrt von Imke Zwoch

Voll krass: Sämtliche Beschlüsse dieser Sitzung wurden einstimmig gefasst! Ist sie endlich da, die viel beschworene "Wilhelmshaven-Fraktion"? Nur für den ersten Punkt (Verlust der Fördermittel für die "Soziale Stadt") brauchte es so viele Pirouetten bis zum plötzlichen Zieleinlauf, dass wir ihm einen gesonderten Artikel gewidmet haben (s. S. 3). Zur Einmütigkeit trug auch der ungewöhnliche Ton bei: Einige sonst staubtrockene bis kratzbürstige Vertreter schienen zum Mittagessen Kreide verzehrt zu haben. Jeder kriegt dafür die Sternchen, die er verdient.


◆ Sternzeit

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt gratulierte eingangs Siegfried Neumann, dem "Führer der SPD" (oops!) und anderen Ratsmitglie-

dem nachträglich zum Geburtstag. Für alle diese im Sternzeichen der Waage Geborenen hatte Schmidt im Horoskop nachgeschlagen: "Innerer Drang zur Harmonie, gleicht Konflikte aus" und, mit Blick zu Neumann, "der geborene Diplomat". Heiterkeit im Saal. "Ich weiß gar nicht, was es da zu lachen gibt", grinste Schmidt. Sonst wirkt er eher genervt und spröde bei der Aufgabe, den wilden Haufen im Zaum zu halten, doch diesmal blieb er nach seinem lockernden Einstieg auf humorvollem und souveränem Kurs. Eher sympathisch, wenn ihm dabei schon mal der Formalkram durcheinander geriet - dazu sitzen ja Vertreter des Rechtsamts zum Soufflieren daneben. Geht doch! ☆☆☆

◆ Keine Zeit

CDU-Sprecher Günter Reuter hat sich selbst neue Verpflichtungen aufgehalst. Zum einen muss er jetzt wöchentlich Siegfried Neumann anrufen (s. Artikel S. 3), zum anderen jeden Sonntag morgens um 10 einen Blumenladen aufsuchen. Anlass war der Ratsbeschluss, die sonntäglichen Öffnungszeiten für den Blumenhandel schon ab 10 Uhr zuzulassen, damit die Kunden keinen Stress kriegen, wenn sie vormittags zu einem Empfang geladen sind und einen Strauß überrei-

chen wollen. Daraufhin versprach Reuter, seiner Frau sonntags jetzt immer schon um 10 Uhr Rosen zu kaufen. Das muss Liebe sein. 

◆ Eiszeit

130.000 Euro bewilligte der Rat nachträglich, um die gestiegenen Heizkosten an den Schulen zu decken. Dank des sehr norddeutschen Sommers mussten einige Hausmeister noch im Juli die Thermostate aufdrehen. Es kam die Frage auf, ob nicht durch die Energiesparmaßnahmen im Rahmen des Contracting mit den Stadtwerken eher Einsparungen zu erwarten wären. Tatsächlich, bestätigte Kultur- und Umweldezernent Jens Graul, wird in Schulen, wo sowohl Dach als auch Fenster erneuert wurden, 30 bis 50 % weniger Energie verbraucht, aber das Wetter und die Preissteigerungen bei Öl und Baumaterialien hätten die Einsparungen mehr als "aufgefressen". Umgekehrt: Ohne Energiesparmaßnahmen wäre die Nachbewilligung - und der Energieverbrauch - noch höher ausgefallen. ☺



Fortsetzung "Lohn unter Sozialhilfeniveau"

Wo gibt es die Niedriglöhne? Nach Geschlechtern betrachtet - na, dreimal raten! - bei den Frauen. Nach Betriebsgrößen betrachtet: in Kleinbetrieben. Und nach Branchen aufgeschlüsselt sind es die Dienstleistungsberufe, die am schlechtesten bezahlt werden. Nun wird oft behauptet, die ganz niedrigen Löhne lägen an der mangelnden Qualifikation der Leute, aber auch das stimmt nicht: 61,6% der EmpfängerInnen von Armutslöhnen und 64,3% derer, die ein prekäres Entgelt erzielen, haben eine Ausbildung.

Wenn man sich mal überlegt, wozu man arbeitet, dann sollte man davon ausgehen, dass man von einer Vollzeitbeschäftigung leben kann. "Gibt es denn überhaupt Löhne, von denen man nicht existieren kann?", wollte ein Teilnehmer erstaunt wissen, und er bekam die Bestätigung, dass es hierzulande wirklich Löhne unter Sozialhilfeniveau gibt. Tatsächlich ist in Deutschland in vielen Bereichen die Äquivalenz zwischen Lohn und Leistung gestört; viele Löhne sichern nicht die Existenz und die soziale Würde.

Wie kann es kommen, dass ein so reiches Land so viele schlecht bezahlte Arbeitskräfte hat? Gabriele Peter nannte als einen Grund die abnehmende Tarifbindung. In Westdeutschland sind nur 70% der Arbeitsverhältnisse tarifgebunden, im Osten sind die weißen Flecken auf der Tariflandkarte noch größer, dort sind nur 55% der Arbeitsverhältnisse tarifgebunden. Das allein ist es aber nicht, denn viele Tariflöhne sind Niedriglöhne; bundesweit gibt es 130 Tarifbereiche mit Tarifgruppen unter 6 Euro/Stunde. Die Gründe hierfür liegen in Lücken im Tarifsystem, in der Tariffucht von Arbeitgebern, in geringer gewerkschaftlicher Vertretungsmacht, in der Geringschätzung vieler Tätigkeiten, im Lohn- und Sozialdumping durch ausländische Beschäftigte, in der Zunahme tarifferer Branchen (so gibt es noch keine Tarifverträge in

Call-Centern oder in der IT-Branche), in der EU-Osterweiterung und schließlich in politischen Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Niedriglohnangeboten (wie die Zumutbarkeitsregeln nach Hartz IV). Arbeitgeberverbände verlieren Mitglieder oder machen so genannte OT-Mitgliedschaften (d.h. der Unternehmer hat die Beratungs- und sonstigen Leistungen des Arbeitgeberverbandes, ist aber nicht an die Tarife gebunden). Doch auch da, wo es Tarife gibt, ist die gewerkschaftliche Macht oft gering: In Kleinbetriebe z.B. kommt eine Gewerkschaft oft nicht rein.

Die Befürchtung eines Teilnehmers, dass, sollte es zu einem Mindestlohn in Deutschland kommen, dessen Höhe durch das Arbeitslosengeld II definiert werden wird, teilte Frau Peter nicht. Es wäre politisch kaum durchzusetzen, denn es gibt eine EU-Festlegung, die besagt, dass der Mindestlohn eines Landes bei 50% des durchschnittlichen nationalen Einkommens betragen muss. Angesichts des deutschen Durchschnittslohns (2003) von 2884 Euro müsste hier der Mindestlohn auf (derzeit) 1442 Euro festgelegt werden.

Wie könnte man zu einem Mindestlohn kommen? Die Einzelgewerkschaften haben unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema, je nachdem wie gut ihre Tarife sind und wie groß ihr Organisationsgrad ist. Der Vorschlag der NGG (die viel Erfahrung mit prekären und Armutslöhnen hat) lautet ganz einfach: Es soll ein Sockel als Mindestlohn gesetzlich festgeschrieben werden; erst darauf kann verhandelt werden.

Die nächste Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland findet am 9. November um 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Weserstraße 51, statt. Adolf Bauer, der Präsident des Sozialverbandes Deutschland, wird die Auswirkungen von Hartz IV auf die Rente erläutern.



Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Nicht sparen, sondern die Konjunktur anschieben

Albrecht Müller las aus seinem Buch "Die Reformlüge"

(noa) "Ich gehe in diesen Tagen gerne zu Gewerkschaften. Sie tun das, was die Aufgabe der Medien und der Intelligenz wäre - was diese Eliten aber nicht tun." So begrüßte der Autor Albrecht Müller die ca. 250 Menschen, die am 18. Oktober ins Pumpwerk gekommen waren, um sich über "Die Reformlüge - 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren" zu informieren.

Nichts spricht dafür, "nach fünfzig erfolgreichen Jahren Bundesrepublik die Strukturen neu zu entwerfen", wie Josef Ackermann, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, beim Neujahrsempfang der Stadt Frankfurt a.M. 2003 anmahnte - die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Seit gut 20 Jahren wird in Deutschland auf neoliberale Weise reformiert; mit der Agenda 2010 hat die Bundesregierung das Reformtempo verschärft, doch der Erfolg bleibt aus. So konnte Müller die "Berliner Zeitung" vom 16. Oktober zitieren, die feststellte, dass die Hartz-Reform wirkungslos ist - trotz des riesigen Aufwandes bei den Arbeitsagenturen wird nur jeder 20. Arbeitslose vermittelt.

Weitere Zahlen, die gegen den Strukturwandel sprechen, warf er an die Wand:

| | 1971 - 1980 | 1981 - 1990 | 1991 - 2000 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Zuwachs Bruttoinlandsprodukt | 118,6% | 65,7% | 33,7% |
| Bruttoanlageninvestitionen | 93,0% | 57,6% | 22,9% |
| Öffentliche Investitionen | 67,2% | 8,3% | -10,7% |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen | | | |
| a) brutto | 62,4% | 108,6% | 27,8% |
| b) netto | 56,4% | 130,1% | 24,7% |
| Lohn- und Gehaltssumme | | | |
| a) brutto | 130,4% | 50,8% | 27,7% |
| b) netto | 112,2% | 46,9% | 19,0% |
| c) netto real/Arbeitnehmer | 20,5% | 6,7% | -2,2% |
| Arbeitslosenquote am Ende des Jahrzehnts | 3,8% | 7,2% | 10,7% |
| Durchschnittliches Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes | 2,7% | 2,3% | 1,9% |

Die Arbeitslosenquote stieg also unter der Anwendung der Angebotsökonomie kräftig an, während gleichzeitig das Bruttoinlandsprodukt von einem Jahrzehnt zum anderen weniger wuchs. "Wie die angebotsökonomischen Instrumente angewandt wurden, zeigt sich auch beim Vergleich der Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen einerseits mit der Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen andererseits. (...) Es gab (...) in den neunziger Jahren keinen Zuwachs bei den Löhnen, sondern ein Minus." Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen in den 80er Jahren gegenüber den 70ern, in den 90ern "half die neoliberale Politik aber auch den Unternehmens- und Vermögenseinkommen nicht mehr auf die Beine (...). Auch diese Einkommen wurden Opfer der mangelhaften Mengenkonjunktur." (Tabelle und Zitate aus "Die Reformlüge", S. 56ff.)

1988/89 gab es noch einmal ein Wirtschaftswachstum und danach den Einigungsboom, doch dann wurde die Konjunktur abgewürgt - zu Lasten der Arbeitnehmer und der Unternehmer, die auf Binnennachfrage angewiesen sind.

- Wenige Tage nach der Veranstaltung klagte Schröder mal wieder im Fernsehen, dass die Binnennachfrage leider immer noch nicht steigt, dass wir alle uns zu sehr zurückhalten mit dem Geldausgeben - ja, was erwartet er denn, wenn die Löhne sinken und die Arbeitslosen auf die Armutsgrenze gedrückt werden! -

Es war natürlich in einer zweistündigen Veranstaltung nicht möglich, alle 40 Denkfehler aufzuzählen und zu erläutern, ebenso wenig wie es möglich ist, sie alle in einem

Gegenwind-Artikel zu erklären. Müller nannte exemplarisch den Mythos "Die Zeiten, als man aus dem Vollen schöpfen konnte, sind vorbei." Tatsächlich sind die Einkommen der Arbeitnehmer in den letzten Jahren gesunken. Doch Deutschlands Manager schöpfen immer noch aus dem Vollen: "2002 verdiente ein Vor-

standsmitglied der im DAX notierten Firmen im Schnitt 1,25 Millionen Euro jährlich. Das waren pro Kopf 90.000 Euro mehr als im Vorjahr. DaimlerChrysler zahlte im Schnitt 3,7 Euro Millionen und damit trotz einer Reihe von drastischen Managementfehlern 130 Prozent (!) mehr als im Jahr zuvor. Bei Siemens stieg die Vergütung der Vorstände im Geschäftsjahr 2002/2003 pro Kopf um 29 Prozent auf 2,2 Millionen Euro. Die Bezüge von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann stiegen von 6,9 Millionen 2002 auf rund 11 Millionen 2003. Die acht Vorstände der Deutschen Bank verdienen mehr als die 603 Bundestagsabgeordneten zusammen." (S. 158)

Ein weiterer Mythos: "Jetzt hilft nur noch private Vorsorge!" - Die gesetzlichen Rentenversicherer haben Verwaltungskosten in Höhe von 4% der eingezahlten Beiträge - private Lebensversicherer verbrauchen einen

sehr viel höheren Teil der eingezahlten Summen für die Gehälter ihrer Beschäftigten. Bei der Riesterrente sind es z.B. 10%, in Chile (dem Vorbild der privaten Versicherer) 18%; in Großbritannien gar bis zu 40%. Wenn die private Versicherungswirtschaft 10% der öffentlichen Altersvorsorge an sich reißen kann, besichert ihr das ein Umsatzplus von 25% - kein Wunder, dass sie begeistert über das schwindende Vertrauen der Menschen in die gesetzliche Rente und den Run auf private Rentenversicherungen ist.

"Wir werden immer weniger", lautet ein weiterer Mythos, den Müller im Pumpwerk näher beleuchtete. Ein Blick in einen Schulatlas zeigt, dass es nur wenige Länder gibt, die dichter besiedelt sind als Deutschland. Müller zeigte folgende Tabelle, die sich in seinem Buch auf S. 107 findet:

| Einwohner pro km2 im Jahre 2003 | |
|---------------------------------|-----|
| Niederlande | 477 |
| Großbritannien | 243 |
| Deutschland | 231 |
| Italien | 191 |
| Tschechische Republik | 130 |
| Dänemark | 124 |
| Polen | 123 |
| Frankreich | 111 |
| Österreich | 97 |
| Spanien | 81 |
| USA | 31 |

Aufschlussreich ist auch die Tabelle von Seite 106, an der man die Entwicklung der Gesamtbevölkerung Deutschlands nachvollziehen kann: Nach der mittleren Prognose des Statistischen Bundesamtes werden in Deutschland im Jahr 2050 75 Mio. Menschen gegenüber 82,5 Mio. heute leben. 1950 waren es 68,7 Mio. in beiden deutschen Staaten zusammen. In den alten Bundesländern lebten 1950 50,8 Mio. Menschen, und auf demselben Gebiet waren es 1939 43 Mio. Damals waren wir - wir wissen es aus dem Geschichtsunterricht - ein "Volk ohne Raum"; heute schrei(b)t der "Spiegel", Deutschland sei bald ein "Raum ohne Volk" und beschwört "den letzten Deutschen"! "Unter Umständen täte es unserem Zusammenleben, der Lebens- und Wohnqualität und der seelischen Befindlichkeit sogar gut, wenn Deutschland etwas weniger dicht besiedelt wäre", schreibt Müller, "aber das darf man in Deutschland auf keinen Fall öffentlich sagen, denn die Grundstimmung der Meinungsführer ist auf 'mehr' getrimmt." (S. 107)



ROCK FISCH

MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
 Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Die hier zu Grunde gelegte Prognose des Statistischen Bundesamtes geht von einer Geburtenrate von 1,4% aus. Sollten wir noch weniger Kinder kriegen, würde die Bevölkerungszahl Deutschlands bis 2050 auf 67 Mio. sinken. Diese Zahl nennt Frank Schirrmacher in seinem Buch "Das Methusalem-Komplott" und behauptet, dieser Trend sei unumkehrbar, wobei dieses Szenario lediglich eines (das ungünstigste) von neun möglichen ist. (Die günstigste - ebenfalls höchst unwahrscheinliche - Variante, die das Statistische Bundesamt annimmt, sieht die Bevölkerungszahl 2050 übrigens auf dem Stand von heute.)

Wie die Bevölkerung sich tatsächlich entwickeln wird, hängt von Faktoren ab, die sich täglich ändern können. Das zeigt sich u.a. am Vergleich der Geburtenrate der alten und der neuen Bundesländer, die leider seit 2001 nicht mehr getrennt erfasst wird, bis dahin jedoch nach 1990, als die Ostdeutschen noch mehr Kinder bekamen als die Westdeutschen, in den neuen Bundesländern niedriger ist als in den alten - ein Spiegel der wirtschaftlichen Ungewissheit. Müller: "In einer Situation ohne Arbeitsplatz ist es ja fast unverantwortlich, Kinder in die Welt zu setzen."

Einige Besucher der Veranstaltung hatten Müllers Buch schon gelesen. So bezog sich ein Diskussionsteilnehmer auf Müllers Forderung nach öffentlichen Investitionen, um die Konjunktur anzuschieben: "Dann würde die Staatsverschuldung steigen, und sie soll doch auf 3% begrenzt werden!" Sparen und Sparen ist zweierlei, antwortete Müller diesem Herrn. Wenn ein Privatmensch spart und Geld ansammelt, dann ist es da. Sparen Bund, Länder und Gemeinden an öffentlichen Investitionen, dann entfallen Steuereinnahmen. Allein die regelmäßigen Korrekturen von Eichels Steuerschätzungen seit 2001 summieren sich bisher auf 154 Mrd. Euro - so viel Geld hat das Sparen des Staates gekostet.

Dass die Bundestagsabgeordneten allesamt Sozialschmarotzer seien, wie ein Teilnehmer aus dem Publikum vertrat, mochte Müller so nicht bejahen - lieber würde er über die Nebentätigkeiten als über die Diä-

ten der Parlamentarier reden.

Wie er angesichts der Politik der SPD in dieser Partei bleiben könne, wollte ein Teilnehmer wissen - Müller, der das "Modell Deutschland" erfunden hat und 1972 den Slogan "Mehr Lebensqualität" prägte, sagt dazu, dass er mehr Berechtigung als viele andere hat, in der Sozialdemokratischen Partei zu sein - "Ich stehe noch zu ihrem Programm"! Herbert Ehrenberg, wohl der prominenteste Besucher der Veranstaltung, erntete viel Zustimmung mit seinem Beitrag: "Ich galt immer als rechter Sozialdemokrat, aber die, die heute die Politik machen, haben mich alle meilenweit rechts überholt."

Dass Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung große Faktoren bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation sind, warf ein weiterer Teilnehmer ein. Darüber hat Müller noch nicht eingehend geforscht und er nahm es als Anregung, doch dass die neoliberale Wirtschaftspolitik sehr zu Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung anregt, konnte er auch so schon sagen.

Was ist zu tun? Die Strategie der Gewerkschaften, so Müller, sollte darin bestehen, immer und immer wieder die Wirkungslosigkeit der "Reformen" zu thematisieren und die Forderung nach Konjunkturförderung zu erheben. Da wirklich keine Zeit mehr für weitere Erläuterungen war, verwies er auf "Denkfehler 31", den wir hier kurz zusammenfassen: Während in Deutschland Hans Eichel sich einen Namen als Sparkommissar machte, entschied sich Frankreich zu einem anderen Konzept: Stärkung der inländischen Massenkaukraft durch Entlastung der Bezieher von Löhnen bei stärkerer Belastung der Bezieher von Kapitaleinkommen und ein großes Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit - mit dem Erfolg einer Senkung des Staatsdefizits. Zwar hat Frankreich sein Konzept nach 2001 wieder geändert, doch in den Jahren 1998 bis 2001 hatte Frankreich gegenüber Deutschland in Sachen Wirtschaftswachstum, in Sachen Reduzierung der Schuldenstandsquote und in Sachen Senkung der Arbeitslosenquote die Nase vorn. Daraus könnte man etwas lernen, wenn man lernfähig wäre.

Gewerbetourismus

Neben der Hafengewirtschaft ist der Tourismus die große Hoffnung für die wirtschaftliche Entwicklung Wilhelmshavens. Nach Wegfall des Geniusstrandes wird das maritime Erlebnis auf Küste und Kaianlagen zwischen Jadestraße und Schleuseninsel eingeeignet. Letztere soll nach Plänen des Niedersächsischen Hafenamtes nun von einem Freizeit- in ein Gewerbegebiet umgewandelt werden. Die Anbindung soll von Norden her über die so genannte Hafentorbrücke erfolgen. Es ist allerdings unklar, wann die Stadt den zweistelligen Millionenbetrag aufbringen kann, um die Brücke zu realisieren. Bei einer Informationsveranstaltung für die betroffenen Freizeitgärtner der Schleuseninsel am 6.10. brachten die Planer jetzt die Option ins Spiel, das Gewerbegebiet auch ohne Brücke in Betrieb zu nehmen. "Das Gewerbegebiet ist nur 12 ha groß. Da kann der Zulieferverkehr auch über die Schleusenstraße gehen" zeigte sich Herr Witt vom Stadtplanungsamt optimistisch. Man stelle sich vor: Im Sommer Tausende Touristen am Südstrand und am Großen Hafen, und auf der Straße "Am Südstrand" kacheln die LKWs lang? Und zu Großveranstaltungen wird der Gewerbebetrieb eingestellt? Nachdem sich gezeigt hat, dass der kombinierte Hotel-Wohnungsturm gegenüber

der Strandhalle mit der Hafentwicklung am nördlich gelegenen Kai kollidieren wird, plant man hier schon wieder den Fehler ein, verschiedenste Nutzungen auf engem Raum unterzubringen und damit jede bereits im Vorfeld einzuschränken.

In der Diskussion um die Schleuseninsel zeigten sich noch mehr Widersprüche. Eine Wohnbebauung auf der Schleuseninsel, so Witt, sei nicht möglich, weil hier hafengebotes Gewerbe Vorrang hat, "höchstens ein Hotel". (s. o.) Die Notwendigkeit eines Gewerbegebietes auf der Schleuseninsel wird - wie fast alles - mit dem JadeWeserPort begründet. Unter anderem sollen Schlepper- und Festmacherbetriebe sich dort niederlassen. Die Freizeitgärtner fragten, welchen Sinn das ergeben soll, wenn der Containerhafen, von dem die leben sollen, 13 Kilometer entfernt ist.

Sicherheitshalber schoben die Planer die Begründung nach, die Pläne für die Schleuseninsel seien schon 30 Jahre alt. Damals gab's aber noch keine "Maritime Meile", das heutige Herzstück des hiesigen Tourismus.

Erst räumen - dann anbieten

Konkrete Investoren gibt es noch nicht. Die Flächen sollen erst mal erschlossen (und dafür Grünflächen zerstört) werden, und dann schaut

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mütscherlichstr.
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken
Partys - Konzerte

Freitag, 5. November
GLOOMY FRIDAY
EBM - 80's - DarkWave - event

Freitag, 19. November 21 Uhr
LAWN
Hollands Antwort auf
MOGWAI, MOTORPSYCHO + SONIC YOUTH ?

Freitag, 26. November 21 Uhr
Morphelia
Progressive-Rock

+ ROCK - U
Rock Cover!

10.12. Lockjaw
26.12. GROOVE DIGGER

www.kling-klang-whv.de

man, ob sich jemand ansiedeln will. Herr Gauer (Hafenamt): "Eine Ansiedlung ist nur nach Vorleistung möglich - das macht bei der Konkurrenz heute jeder so!" Kommentar aus dem Publikum: "Nur weil etwas gang und gäbe ist, ist es noch lange nicht richtig."

Jemand wollte wissen, warum nicht zunächst viele freie Flächen am Hannoverkai bebaut werden. Gauer räumte ein, man hätte die längst vermarkten können, aber: "Die wollen wir freihalten, bis der JadeWeserPort kommt." Das sei so - na? - richtig: "gang und gäbe."

Verwundert war man auch, dass die Räumung und Erschließung des (wie Witt schon einräumte) kleinen Gebietes stolze 200 Euro pro qm kosten soll. Ein anwesender mittelständischer Unternehmer sah keinen Anlass für seine Branche, sich dafür am entlegensten Ende der Stadt anzusiedeln.

So schnell werden die Freizeitgärtner nicht aufgeben - erst recht nicht, nachdem ein Kollege vom Banter See übermittelte, dass sich alle Wilhelmshavener Kleingartenvereine mit ihnen solidarisch erklären.

Übrigens: Wessen Idee war das eigentlich mit dem Gewerbegebiet? Gauer: "Wir sind ein kreatives Team - aber ich bin der Schuldige." Böse Zungen behaupten, der scheidende Amtsleiter wolle sich damit ein Denkmal setzen. (iz)

Beachtliche Entwicklung

Seit fünf Jahren besteht die "Wilhelmshavener Tafel e.V."

(noa) Was ist das für ein Menschaufmarsch im Textilhof, immer am Dienstag ab 10 und am Freitag ab 14 Uhr? Gibt es da etwas umsonst? - Ja, tatsächlich. In der Ulmenstraße 61 befindet sich die Ausgabestelle der "Wilhelmshavener Tafel e.V.", die sich der "Umverteilung" (so überschrieben wir einmal einen Artikel über die damals eben gegründete "Tafel") verschrieben hat.

Im Frühjahr dieses Jahres schafften die alten Vorstandsmitglieder es nicht mehr. Fast fünf Jahre lang hatten sie neben ihren sonstigen täglichen Pflichten die "Tafel" auf- und immer weiter ausgebaut. Nun traten sie nacheinander zurück. Henry Pries, Pensionär seit 1998, hatte sich den Verein mal nach einer Notiz in der Zeitung aus Neugierde angeschaut und wenige Tage später schon einen Schlüssel bekommen. Als jetzt im April Herr Frerichs, Mitbegründer des Vereins und zu diesem Zeitpunkt Schatzmeister, bat, von seinem Amt entbunden zu werden, bestimmte eine außerordentliche Mitgliederversammlung Herrn Pries und Enno Tammling aus der Sektion Jever zu einer Art Notvorstand.



Aufgaben der "Tafel"

Sektion Jever? - Ja, seit der Gründung hat die "Tafel" sich kräftig vergrößert. Neben dem Wilhelmshavener "Mutterhaus" existieren Sektionen in Jever, Wittmund, Friedeburg, Esens und Schortens. An jedem Ort gibt es eine acht bis zehn Personen starke Stammmannschaft, die den Betrieb aufrechterhält. Der "Betrieb" besteht darin, Lebensmittel, die noch gut, aber in Läden nicht mehr verkäuflich sind, Leuten zu geben, die sie brauchen.

Und das heißt: Täglich fahren zwei Lieferwagen zu den Lebensmittelmärkten Plus, Extra, Marktkauf, Combi, MIOS, Lidl und Neu-kauf, zu den Bäckereien Siemens und Rohlf's, zur Fleischerei Bruns in Steinhausen und zu Royal Greenland, um Ware abzuholen, die kurz vor Ablauf des Mindest-Haltbarkeitsdatums steht und deswegen nicht mehr verkäuflich ist. Sachen, denen man auf den ersten Blick ansieht, dass sie nicht mehr genießbar sind (schimmelndes Obst, kaputte Sahnepäckchen u.ä.) nehmen sie gar nicht erst mit - auch Bedürftige sollen nicht erst am Joghurt riechen müssen, um zu entscheiden, ob sie es riskieren wollen, ihn zu essen. Im Vereinssitz am Textilhof wird die Ware gründlich sortiert und sachgerecht gelagert. Kühl- und Tiefkühlschränke sind vorhanden.

Dienstags und freitags ist Ausgabe in Wilhelmshaven. Wenn man den Ausgaberaum betritt, hat man den Eindruck, in einem gut sortierten größeren Tante-Emma-Laden zu sein. Nur die Registrierkasse fehlt. Aber frisches Obst und Gemüse, Milch und Milchprodukte, Konserven, Brot, Brötchen, Kuchen, auch Drogerieartikel (hier arbeitet die "Tafel" mit der Firma Rossmann zusammen) sind ordentlich aufgebaut.

Der Unterschied zum Dorfladen: Hier steht eine lange Schlange von Menschen. Ca. 120 Personen kommen pro Ausgabetag; damit sie sich nicht alle gleichzeitig drängen müssen, hat man sich ein raffiniertes System ausgedacht, das es den Leuten ermöglicht,

mal gleich um 10, das nächstemal erst um 11 oder später zu kommen und trotzdem sicher sein zu können, dass es noch etwas gibt.

Wer kommt?

"Kämen alle unsere Abnehmer an jedem Ausgabetag, wäre es nicht zu schaffen, und es wäre auch nicht genug da", erklärt Henry Pries. 300 sind es etwa, die einen Berechtigungsausweis der "Tafel" haben; mit Familienangehörigen sind es etwa 500 Personen in Wilhelmshaven, die ihren üblichen Speisezetteln regelmäßig oder gelegentlich aus dem Angebot der "Tafel" anreichern.

Eine Grundversorgung bietet der Verein nämlich nicht. Die sollte durch Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder -hilfe oder die Rente gewährleistet sein. Der Bescheid über eine dieser Leistungen dient als Nachweis der Bedürftigkeit und ermöglicht es einem Menschen, sich bei der "Tafel" zusätzliche Sachen abzuholen, die er sich von seinem eigenen Einkommen nicht so ohne weiteres leisten könnte.

So gab es neulich eine schöne Überraschung: Unmengen Packungen von Ferreros "Besten" waren offensichtlich der diesjährigen Werbekampagne zum Opfer gefallen. Erinnern Sie sich noch an den jungen Mann im Werbefernsehen, der pünktlich Anfang September verkündete, nun sei es kühl genug für Mon Cherie - und dann dauerte und dauerte der Sommer aber eisern weiter an? Der zusätzliche Schnack nach einigen heißen Septembertagen, dass man die Leckereien ja auch in den Kühlschrank stellen könne, kam wohl zu spät - sehr zum Segen der "Tafel", die ihren Besuchern nun mal ausnahmsweise ein besonderes Leckerli in die Tüte packen konnte.

Die Menschen, die sich bei der "Tafel" etwas abholen, sind sich durchaus bewusst, dass es sich um etwas Zusätzliches und insofern um etwas Besonderes handelt. Bis auf eine einzige Frau waren alle einverstanden, eine Kleinigkeit zu bezahlen. Seit August spenden die "Kunden" einen kleinen Betrag, wenn sie etwas holen. Sie haben auch dankbar bemerkt, dass schon kurz nach Einführung ihrer Spende ein Unterstand als Wetzschutz vor dem Eingang angebracht wurde.

An den Wochentagen, an denen im Textilhof keine Ausgabe stattfindet, fahren die Lieferwagen andere Touren. Im Flüchtlingswohnheim, im Café Regenbogen, beim Wendepunkt, im Jugendtreff Point, beim Kindergarten Schlosserstraße und im Frauenhaus gibt es auch immer Bedarf an ein paar Weintrauben oder einem Stück Rosinenstuten.

Entwicklung

Beachtlich, was aus der Gruppe, die sich im September 1998 zusammengetan hat, inzwischen geworden ist! Wir schrieben im Januar 1999: "Es geht um eine zusätzliche Ernährung; bestimmt gönnen sich die Familien

mancher Arbeitsloser nur sehr ausnahmsweise mal einen teuren Fruchtquark. Diese Familien können im Moment vom Angebot der 'Tafel' noch nicht profitieren. Es fehlt eine eigene Abgabestelle." Seit Anfang 2000 ist die nach einem Provisorium zwischendurch nun im Textilhof vorhanden; die "Tafel" ist Mieter des Vereins BeKA e.V. und verfügt über etwa 100 m² Laden-, Lager- und Bürofläche.

Was das Büro angeht, da hat Herr Pries für frischen Wind gesorgt. Erledigte Herr Frerichs noch alles Schriftliche nebenbei, so steht hier jetzt ein Computer! Und er wird sachgerecht bedient von einer bezahlten Arbeitskraft! Es handelt sich um eine Dame, die eine Stelle über die GAQ besetzt und 30 Stunden in der Woche für die "Tafel" die Büroarbeit leistet. Ebenfalls über die GAQ arbeitet ein Fahrer hier und fährt einen der beiden Lieferwagen, deren Anschaffung durch Spenden ermöglicht wurde.

Zwischen den "Tafeln" verschiedener Städte besteht reger Austausch, und so kommt die Wilhelmshavener Tafel gelegentlich auch mal an Waren von Firmen, die nicht direkt zu ihren "Geschäftspartnern" zählen. Wenn z.B. die Firma Meica in Edewecht sich mit dem Wetter versehen hat und Abertausende Grillwürstchen nicht mehr loswird, dann können Wilhelmshavener Bedürftige sich auf Grund des "Tafel"-Netzwerkes ein solches Würstchen bei Regenwetter in der Pfanne braten. Und im Güterverteilzentrum in Bremen kann man gelegentlich haufenweise aussortierte Konserven kriegen, deren einziges "Manko" darin besteht, dass das Etikett eingerissen oder die Dose etwas ange-ditscht ist.

Zukunftssorgen

Was künftig aus den GAQ-Stellen wird, steht im Moment noch in den Sternen. Dass die konkreten Personen, die gegenwärtig diese beiden Stellen besetzen, nur befristet da sind, ist sowieso klar, aber wird es nach dem 1. Januar 2005, dem Datum des Inkrafttretens von Hartz IV, weiterhin solche Stellen geben?

Die Arbeits-Agentur ist schon an die "Tafel" herangetreten mit der Frage, ob man 1-Euro-Jobs anbieten wolle. Dazu will die "Tafel" sich erst mal schlau machen, so dass wir darüber hier noch nichts berichten können.

Und wird es ab Januar einen stark vergrößerten Zulauf an Abnehmern geben, wenn zahlreiche Menschen durch Alg II weniger Geld als bisher haben? Vielleicht werden auch einige bisherige Abnehmer entfallen, denn dem Vernehmen nach soll es ja auch Fälle geben, in denen jemandes Einkommen durch Hartz IV besser wird. Wird sich das ausgleichen, oder wird die "Tafel" am Ende gar einem steigenden Bedarf nicht gerecht werden können?

So oder so ist die "Wilhelmshavener Tafel e.V." immer dankbar über Spenden!

Wilhelmshavener Tafel e.V.,
Ulmenstraße 61
26384 Wilhelmshaven,
Tel/Fax: 04421-699126
www.tafel-whv.de, E-Mail:
infotafelwhv@aol.com

Bankverbindung:
Sparkasse Wilhelmshaven (BLZ 282 501
10) Konto Nr. 32 90 80 30

Alle Achtung!

Eine bemerkenswerte Veranstaltung

(noa) Der 4. Ems-Jade-Lauf am 10. Oktober hat in vielerlei Hinsicht die vorigen übertraffen. Die WZ hat am 11. Oktober über die Sieger berichtet: Am schnellsten lief Harald Klaus die 72 km, die schnellste Frau war Anke Drescher. Uns interessieren außer Rekorden auch andere Gesichtspunkte.

55 Menschen haben die ganze Strecke bewältigt; 618 Menschen teilten sich in 91 Staffeln die Strecke von Emden nach Wilhelmshaven. Das war eine kräftige Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Die (leider völlig unspöttliche!) Gegenwind-Schreiberin ist am meisten beeindruckt von Bodo Rathsburg, der als Letzter am Ziel ankam, dem es aber auch gar nicht aufs Gewinnen ankam, sondern der immer alle Strecken in einem flotten Powerwalking bewältigt. 9 Stunden und 49 Minuten pausenlos zu Fuß unterwegs sein - wow!

Der Ems-Jade-Lauf ist aber nicht nur eine sportliche Angelegenheit, sondern auch eine Wohltätigkeitsveranstaltung. Der gesamte Erlös geht an den Auricher Verein für Leukämie- und Krebsforschung, und damit diese Spende möglichst großzügig ausfallen kann, arbeiten einige Leute hinter den Kulissen ein ganzes Jahr lang. Wir berichteten im letzten Gegenwind über die Ehepaare Schlundt und Huth, die den letzten Teilabschnitt dieses Laufes organisieren. Jetzt, wo es wieder einmal geschafft ist, wollten wir wissen, wie die "heiße Phase" für sie ablief.

Am Freitag um halb acht war Arbeitsbeginn. Da wurden 1000 m² Teppich geliefert, die den Hallenboden vor Beschädigung schützen sollten. Dann holten die Organisatoren 45 Bierzeltgarnituren bei der Marine und weitere etwa 35 bei der Siedlergemeinschaft Rüstertiel und die bestellten Getränke aus dem Geschäft ab. Nachmittags bekamen die vier Personen Hilfe aus Ostfriesland beim Auslegen des Teppichs und dem Aufstellen der Bierzeltgarnituren. Um 19 Uhr war das alles geschafft.

Am Samstag galt Arbeitsteilung. Zu Hause buken die Frauen Unmengen Kuchen, während die Männer die Sporthalle Süd ausschmückten, die Cafeteria einrichteten, die Toiletten, Duschräume usw. vorbereiteten, die Tombolapreise holten und aufstellten, die Streckenbeschilderung am letzten Teilabschnitt der Laufstrecke von Dykhausen bis zur Sporthalle aufstellten - ein 12-Stunden-Tag.

Das Running Team aus Wilhelmshaven hat diesmal als Staffel den Lauf mitgemacht. Also Sonntag früh nach Emden! In Wilhelmshaven begann die Veranstaltung in und vor der Halle um 10.30 Uhr. Eigentlich ging es dabei um eine Siegerehrung mit den Familienangehörigen der Läufer und Läuferinnen, aber erfreulicherweise fanden sich auch viele weitere Leute ein, so dass während der ganzen Party das Haus immer voll war. "Los Legendos" lieferten eine tolle Musikdarbietung und bekamen außerdem besonders viel Applaus dafür, dass sie für den guten Zweck auf ihre Gage verzichteten.

Bis 18.30 Uhr standen die Helfer und Helferinnen und organisierten die Cafeteria, die außer mit dem selbst gebackenen Kuchen mit belegten Brötchen (die Veranstalter danken der Bäckerei Siemens, der Schlachterei Joswig und dem Hühnerhof Onken für die

Spenden!) und Suppe vom DRK Wesermarsch bestückt war. Als die letzten Gäste weg waren, ging es ans Aufräumen. Sonntagabend um neun war die Halle wieder im Originalzustand.

Am Montag mussten die Bierzeltgarnituren, die Suppenthermen und das Leergut weggebracht, Waschräume und Toiletten gesäubert, die Beschilderung der Strecke entfernt werden - noch einmal ein Arbeitstag.

Die folgenden Tage waren dann für Jürgen Schlundt von Running Team Schreibtschtag: Die Abrechnung wurde erstellt.

Was ist dabei für den Verein für Leukämie- und Krebsforschung rübergekommen?

Die Spende von der Fa. C.W. Meyer aus Oldenburg (wir berichteten im letzten Gegenwind darüber, dass sie Kunden und Lieferanten um Kilometergeld gebeten hatte) erhöhte sich noch auf 10.500 Euro, 1.000 Euro spendete das Airbuswerk Varel. In Wilhelmshaven kamen ca. 3.600 Euro durch den Kuchen-, Brötchen- und Suppenverkauf, durch den Verkauf von T-Shirts und den Erlös aus der Tombola zusammen. Auf etwa 4.000 Euro belaufen sich die Startgelder der Läufer und Läuferinnen. Da alle Helfer ehrenamtlich tätig waren, muss von diesen gesamten Einnahmen nicht allzu viel für Auslagen - Genehmigungsgebühren, Kosten für Bustransfer und die LKW-Miete - einbehalten werden. "Da bleibt noch ein schöner Betrag für die Leukämie- und Krebsforschung übrig", sagt Jürgen Schlundt stolz. Und: "Es herrschte bei allen, die uns unterstützten, eine Superstimmung - und, was das Schönste ist: Sie sind alle wieder mit dabei, wenn am 16. Oktober 2005 der 5. Ems-Jade-Lauf gestartet wird." Die Vorbereitungen laufen schon.

Reparaturen
aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Botschafter wider Willen

Am 7.10 kam Bundesumweltminister Jürgen Trittin auf einen Sprung nach Wilhelmshaven, um sich über die Planungen zum Containerhafen schlau zu machen. Er erschien in Begleitung von Hanso Janßen (Varel), Abgeordneter und hafenspolitischer Sprecher der Grünen im Landtag. Neben Oberbürgermeister Menzel war auch die grüne Bürgermeisterin Marianne Fröhling zugegen. (Zu den Veranstaltungen "Südzentrale" und "Schleuseninsel", s. Berichte in diesem Heft, kam keine/r von beiden).

Für Menzel ist Trittin jetzt "der Botschafter des JadeWeserPorts", nachdem Helmut Werner von der JWP-Realisierungsgesellschaft "einen exzellenten Vortrag" gehalten hatte. Trittin guckte etwas irritiert und klärte auf: Wilhelmshaven sei nur der Auftakt einer Informationsreise, die ihn auch nach Hamburg und Bremerhaven führt. Anlass war ein Kabinettsbeschluss vom September mit der Vorgabe, die naturschutzfachlichen Probleme beim zukünftigen Hafenausbau abzuarbeiten und zu schauen, wie sich Stärken und Kapazitäten der verschiedenen Standorte arbeitsteilig nutzen und dadurch Eingriffe in die Natur minimieren lassen.

Menzel insistierte, er habe sich "die Reihenfolge gemerkt": Der Minister sei zuerst nach WHV gekommen, ehe Hamburg an der Reihe sei.

Janßen sprang dem Minister bei, um die subjektive, wenig sachdienliche Sicht des OB zu korrigieren: "Grundsätzlich halten die Grünen WHV für einen geeigneten Hafensstandort." Aber: "Durch den Ausstieg Hamburgs und die fehlende private Beteiligung an den Infrastrukturkosten bleibt nach der derzeitigen Kalkulation Niedersachsen beim Jade-Weser-Port auf einem Kostenanteil von 540 Mio Euro sitzen. Eine Refinanzierung ist nicht in Sicht. Wir brauchen ein norddeutsches Hafenskonzept, in dem die Stärken der Häfen genutzt und nicht ökologisch und ökonomisch unsinnige Konkurrenzen zu Lasten der Steuerzahler verschärft werden." Derzeit gibt es seitens der Hafenstädte eine 400%ige Überplanung, aber es wird nach Vorstellungen des Ministeriums keine parallele Förderung von Elb- und Weservertiefung und Hafenausbau an der Jade geben.

Janßen konkretisierte später, die Lasten für das Land Niedersachsen müssten durch Einbindung weiterer Partner deutlich reduziert werden: "Wer wie diese Landesregierung im Sozialen Bereich keinen Stein auf dem anderen lässt, darf nicht beim Jade-Weser-Port das Geld mit vollen Händen ausgeben. Die Forderung der norddeutschen Ministerpräsidenten nach privater Beteiligung war 2001 richtig, heute ist sie angesichts leerer Kassen zwingend".

Abschließend erklärte Trittin, dass das Hafenskonzept mit allen Beteiligten, also auch Natur- und Umweltverbänden erstellt werden soll. "Die nach EU-Vorgaben auch für Pläne und Programme erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung wird hier in nationales Recht umgesetzt." Und versuchte Menzel noch einmal auf den richtigen Padd zu bringen: "Wir haben uns noch nicht festgelegt, wir haben uns weder für Wilhelmshaven ausgesprochen noch gegen einen anderen Standort." Ende und aus. (iz)

Haufenweise Klagen?

Hartz IV verstößt nach Ansicht von Fachleuten gegen das Grundgesetz

(noa) Seit vielen Ausgaben ist Hartz IV Gegenwind-Thema. Auch diesmal beschäftigen wir uns mit diesem Gesetz, das zu einem Bestandteil des SGB II wurde, jedoch unter einem ganz anderen Blickwinkel als bisher. Angeregt wurde dieser Beitrag durch einen Artikel in der Arbeitslosenzeitschrift "quer" 4/2004.

Ab 1.1.2005 werden Tausende in Wilhelmshaven Arbeitslosengeld II beziehen und damit in ihren Grundrechten massiv eingeschränkt werden. So sehen das einige hochrangige Richter und Rechtswissenschaftler.

Prof. Uwe Berlit, Richter am Bundesverwaltungsgericht, macht geltend:

Durch die neuen Bestimmungen des SGB II werden die Alg II-BezieherInnen gezwungen, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben - wenn sie es nicht tun, wird ihr Alg II empfindlich gekürzt. Dadurch wird die Vertragsfreiheit eingeschränkt - ein Verstoß gegen Art. 2 GG.

(1) *Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.*

(2) *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.*

Bei Ablehnung von Prämienarbeit drohen den Alg II-Beziehern Sanktionen. Dies stellt einen Verstoß gegen das Verbot von Zwangsarbeit (Art. 12 GG) dar, dann jedenfalls, wenn die Arbeitskraft nicht zu marktgerechten Bedingungen eingesetzt werden kann.

(1) *Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.*

(2) *Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.*

(3) *Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.*

Hartz IV ist nicht armutsfest. Dadurch wird das Bedarfsdeckungsprinzip verletzt, das durch das Sozialstaatsgebot (Art. 20 Abs. 1 GG) zwingend zu beachten ist.

(1) *Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.*

(4) *Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.*

Auch Dr. Wolfgang Spellbrink, Richter am Bundessozialgericht, sieht Verstöße gegen das Grundgesetz durch Hartz IV. Für ihn ist die allgemeine Handlungsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 (s.o.) beeinträchtigt, weil den EinzahlerInnen in die Sozialversicherungen keine äquivalenten Leistungen entgegenstehen. Prof. Dr. Heinrich Lang, Verfassungsrechtler an der Universität Köln, sieht durch die Streichung von Ansprüchen in Versicherungskassen, in die wir alle einzahlen müssen, eine

Verletzung des Eigentumsschutzes (Art. 14 Abs. 1 GG).

(1) *Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.*

Prof. Dr. Utz Kramer von der FH Düsseldorf hält das SGB II für teilweise verfassungswidrig, da es gegen das Sozialstaatsgebot (s.o.) in Zusammenhang mit Art. 1 GG verstößt.

(1) *Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.*

Gegen die Würde des Menschen verstößt nach Kramer z.B. die Tatsache, dass die fehlende Zustimmung eines Alg II-Beziehers zu einer Eingliederungsvereinbarung durch einen Verwaltungsakt ersetzt werden kann.

Auch zwei Richter des Bundesverfassungsgerichtes (Dr. Christine Hohmann-Dennhardt und Dr. Siegfried Bros) teilen diese verfassungsrechtlichen Bedenken.

Die Autoren des "quer"-Artikels, Dorothee Fetzer und Günter Brauner, sehen außer diesen Bedenken auch Grundgesetzverstöße im Alg II-Antragsformular. Dort werden nämlich Daten abgefragt, die für die Antragsbearbeitung nicht erforderlich sind (z.B. Konto des Vermieters), was gegen das informationelle Selbstbestimmungsrecht nach Art. 2 Abs. 1 (s.o.) verstößt. Auch die Erbenhaftung (Erben eines Hauseigentümers, der Alg II bezogen hat, müssen diese Leistung zurückzahlen) ist wahrscheinlich grundgesetzwidrig und verletzt den Gleichheitsgrundsatz (Art. 14 Abs. 1 - s.o.) in Verbindung mit Art. 3 Abs. 1: *Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.* Nach "quer" ist auch der Anspruch auf rechtliches Gehör nach Art. 19 Abs. 4 GG (*Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen*) nicht mehr gewährleistet, da nach SGB II Widerspruch und Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung mehr haben.

Vor dem Bundesverfassungsgericht klagen können nur Menschen, die direkt und persönlich in ihren Grundrechten beeinträchtigt werden. Da das erst nach dem 1. Januar 2005 der Fall sein wird, kann auch erst dann Verfassungsbeschwerde erhoben werden.

Wer gegen die Grundgesetzwidrigkeit vorgehen will, sollte keinen Bescheid rechtsgültig werden lassen, sondern gegen alle Bescheide Widerspruch einlegen. Diese Widersprüche werden zwar abgelehnt werden, da die Widerspruchsbehörden nur die richtige Anwendung des Gesetzes, nicht aber die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes prüfen, so dass auf jeden Fall der Klageweg beschritten werden muss. Klagen beim Sozialgericht sind (noch) kostenfrei.

Leider können wir unsere LeserInnen für diese Fragen nicht an die ALI verweisen, denn "Arbeitsloseninitiative sieht Beratung bedroht" (WZ, 19.10.) - wir wissen noch nicht, ob es nach dem 1.1.05 noch eine Beratungs-

stelle der ALI geben wird. Im Internet sind allerdings schon Kontakte zu finden, die eine Verfassungsbeschwerde vorbereiten (z.B. unter www.flegel-g.de).

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **4,50 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **4,59 %**

Zins p.a.: **4,95 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **5,06 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:

Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

Grüne Wochen im Wendland...

Mit Mut, Witz und Fantasie gegen den atomaren Wahnsinn

Jeder Castortransport zementiert Gorleben als Endlagerstandort...

Der nächste Castor soll am 8.11. das Wendland erreichen.

Sa 6. November, ab 12 Uhr Auftaktdemonstration in Dannenberg, Innenstadt
Infos unter:
www.castor.de

CASTOR - ALARM



wir stellen uns quer

Offenbarung

Der Erhalt der Südzentrale ist auch wirtschaftlich sinnvoll

(iz) "Südzentrale oder Hafenvirtschaft", argumentieren Politik und Wirtschaft, die das historische Marinekraftwerk abreißen wollen. "Südzentrale UND Hafenvirtschaft", halten Architekten und Denkmalschützer dagegen und haben dafür überzeugende Konzepte, die sie Anfang Oktober zur Diskussion stellten:

Das Fachkolloquium wie die anschließende öffentliche Präsentation stießen auf großes Interesse. Vergeblich suchte man im gut gefüllten Vortragsraum des Wattenmeerhauses jedoch jene, die seit Jahren Stimmung für den Abriss des Industriedenkmal machen und dabei, namentlich der Allgemeine Wirtschaftsverband, auch polemische Äußerungen gegen die Denkmalschützer nicht scheuen (s. Gegenwind 202). Kein Menzel, keine Vertreterin, kein Verwaltungsmensch. Nur drei Ratsherren interessierten sich für bauliche und wirtschaftliche Perspektiven der Südzentrale: Dr. Michael von Teichman (FDP), Bernhard Rech und August Desenz (beide CDU). Allerdings war keiner von ihnen offiziell als Vertreter der Stadt entsandt. Rech hätte es begrüßt, wenn ein Vertreter der Bauverwaltung teilgenommen hätte. Der Wilhelmshavener Marinemaler Schrader wurde noch deutlicher: "Die Nichtteilnahme der Politik an dieser wertvollen Veranstaltung ist ein Ausdruck der Ignoranz!" Mit solidarisches Wünschen überreichte er Frau Janssen vom "Forum Wilhelmshaven: Erhalt der Südzentrale" eine von ihm angefertigte Farbzeichnung des Industriedenkmal.

Die Szenarien

Die verschiedenen Erhaltungskonzepte hatten drei Architektengruppen auf Einladung des Forums kurz zuvor im Rahmen eines Wochenend-Workshops entwickelt und dabei die verfügbare Fläche zwischen Denkmalerhalt und Hafennutzung unterschiedlich aufgeteilt. Die Planungen wurden mit einer Ausstellung und Modellen anschaulich dokumentiert.

Das erste Konzept erläuterte der in Wilhelmshaven gebürtige und in Oldenburg ansässige Architekt Delor:

- ◆ Schließen zerstörter Dach- und Fensterflächen
- ◆ Verkehrssicherheit herstellen
- ◆ Öffnung für Besucher
- ◆ Nutzung als Forum für die Wirtschaft
- ◆ Kostenrahmen: unter 1 Mio Euro (wie Abriss)

Optional:

- ◆ den Bontekai als Seepromenade nach Nordosten verlängern
- ◆ Außenstandort des Marinemuseums einbinden
- ◆ 'Gnadenbrot' für ein ausgemustertes Schiff (Präsentation), z. B. die Wilhelmshaven

Delor: "Es würde weh tun, die Halle mit dem beinahe sakralen Maschinenraum zu zerstören."

Das zweite Konzept stellte die ebenfalls hier geborene und in Braunschweig tätige

Architektin Borowski vor. Es berücksichtigt Planungen zur Verlagerung der am Nordwestkai angesiedelten Hafenvirtschaft zum JadeWeserPort.

- ◆ Abriss der Schaltzentrale ("verbasteltes" Nebengebäude)
- ◆ "verwunschenen" Charakter erhalten durch teilweisen Erhalt der umgebenden Botanik
- ◆ neuer Zugang über einen gläsernen Riegel
- ◆ hochgelegter Steg ("Nadel") macht Kesselhaus begehbar
- ◆ Containerlager im unteren Geschossteil

Optional:

- ◆ "Piazza Maritima" zwischen Gebäude und Hafen
- ◆ Barkassenverkehr zum Marinemuseum als touristische Attraktion

**Von außen ist die Südzentrale ein "Schandfleck".
Von innen ist sie eine Offenbarung.**

Bernhard Rech, Ratsmitglied, Bauexperte

Borowski: "Die Südzentrale kann nicht von Null auf Hundert in ein Juwel verwandelt werden", aber durch die "friedliche Ko-Existenz" mit der Hafenvirtschaft erhalte sie "eine neue Legitimation".

Architekt Tjarks, in Sanderbusch geboren und auch in Braunschweig ansässig, erläuterte **das dritte Konzept**. Dies basiert noch stärker auf den Chancen, die sich durch eine Auslagerung der Hafentätigkeit Richtung Norden ergeben.

- ◆ Verlängerung der Rheinstraße und Ausweitung der vorhandenen Wohnquartiere nach Osten bis ans Wasser
- ◆ auch gewerbliche Nutzung der in West-Ost-Richtung langgestreckten Bebauungsriegel möglich
- ◆ im Kesselhaus der Südzentrale flexibles Boxensystem, ggf. später feste Einbauten
- ◆ Turbinenhalle bleibt zumindest teilweise frei von Einbauten

Effekte:

- ◆ die Südzentrale rückt von der Randlage ins Zentrum des Wohn- / Gewerbegebietes
- ◆ die Südstadt wird sinnfällig mit dem Wasser verbunden.

Martin Thumm, Professor für Denkmalpflege und Architekturgeschichte an der Fachhochschule Hildesheim, moderierte die anschließende Diskussion.

Warum Denkmalschutz?

Thumm erklärte den Begriff einer neuen "Verortung" der Städte: Was immer erbaut oder abgerissen wird, man muss im Auge behalten, welche Bedeutung es für die Wahrnehmung und die Identität der Stadt von innen und von außen besitzt: "Was ist dran an dieser 'Bruchbude'?" Ehemalige Marineangehörige erzählten, dass die Südzentrale frü-

her "das Tor zur Stadt" war für jeden, der Wilhelmshaven auf dem Wasser erreichte, ein "Fixpunkt" für Matrosen aus Deutschland und aller Welt.

Für Borowski ist es grundsätzlich das "Drama junger Städte" wie Wilhelmshaven, dass historische Potenziale nicht erkannt werden. Der Wilhelmshavener Historiker Beckershaus vermisst einen Stadtentwicklungsplan, der die Wirkung historischer Ensembles berücksichtigt. Delor warnte davor, die Südzentrale für eine voraussichtlich befristete Hafennutzung abzureißen: "Die nächste Generation sollte eine Chance erhalten, sich mit dem Gebäude auseinanderzusetzen." Frau Janssen machte deutlich, dass der Kaiser das Bauwerk absichtlich in zentraler Position neben der KW-Brücke erbauen ließ. Das Baudenkmal im Ensemble mit der Brücke steht nach ihrer Auffassung "fast im Rang eines Weltkulturerbes." Auch wirtschaftliche Erwägungen sprechen für den Erhalt: Schon mit weniger als 1 Mio. Euro Investitionen steht ein unbezahlbares nutzbares Bauvolumen zur Verfügung.

Praxisbeispiele

Thumm berichtete über einen alten Kornspeicher in Würzburg, der auf städtische Initiative hin restauriert wurde und weltweit das Interesse von Architekten weckte. Ein Bremer hat ein "völlig kaputtes Gebäude" mit Hilfe der Deutschen Stiftung Denkmalschutz saniert, die einspringt, wenn unmittelbare Abrissgefahr droht. Er riet den Anwesenden, in Wilhelmshaven ein Ortskuratorium dieser Stiftung zu gründen. In Bremen befindet sich auch der ehemalige U-Boot-Bunker Valentin. Er wurde begehbar hergerichtet, und seit 5 Jahren läuft dort ein ausverkauftes Theaterstück (Karl Kraus' "Die letzten Tage der Menschheit").



Die Architektin Iwersen (ehemals MdB) konnte bestätigen, dass die Akzeptanz für ein äußerlich verwahrlostes Baudenkmal steigt, wenn es öffentlich zugänglich ist. Iwersen hat den kleinen Wasserturm an der Gölkerstraße unter ihr Fittiche genommen. Als sie die Öffentlichkeit zur Besichtigung einlud, kam großes Interesse auf: "Es hätte einen wesentlichen Effekt, wenn die Leute auch mal in die Südzentrale dürfen." Mit Bauhelm wäre das auf eigene Gefahr auch vor der Teilsanierung möglich.

Offenbarung

CDU-Ratsmitglied und Baufachmann Rech pflichtete Iwersen bei: "Von außen ist die Südzentrale ein 'Schandfleck', von innen ist sie eine Offenbarung." Er glaubt daran, dass man Investoren finden kann: "Lasst uns mutig sein!" Sein Parteikollege August De-

Weiter nächste Seite

Fortsetzung Südzentrale

senz, der seit Jahren mit der Drehorgel Geld für unterstützenswerte Projekte sammelt, äußerte Ungeduld: Die einzige Möglichkeit, im Rathaus Gehör für den Denkmalschutz zu finden, sei, "mit dem Panzer dort vorzufahren." Auch der Wilhelmshavener Architekt Griesemann glaubt an Investoren. "Die anwesenden Architekten sind die ersten, die hier kostenlos Arbeit investiert haben" - wie auch Prof. Thumm ohne Honorar seinen Beitrag zum Erhalt der Südzentrale leistet.

**5 vor 12?**

Weil Anfang September bereits zwei Nebengebäude abgerissen wurden, sorgten sich die Diskussionsteilnehmer über die nahe Zukunft der Südzentrale. Es ist schwer, an die Eigentümer heranzukommen. Ein Journalist konnte jedoch in Erfahrung bringen, dass es vorm Winter keinen Abriss geben wird.

Unterdessen hat das Forum sein Anliegen auf der "Nostalga" (Weser-Ems-Halle, Oldenburg) an einem gemeinsamen Infostand mit der Oldenburgischen Landschaft präsentiert.

Prof. Thumm wird dem Forum weiterhin zur Seite stehen und auch erneut nach Wilhelmshaven kommen, um ein Gespräch mit der gesamten Hafenvirtschaft zu führen. Er empfahl, den Pfad zur Stiftung Denkmalschutz weiter zu verfolgen.

Das Forum konnte mittlerweile Gespräche mit Politik, Hafenvirtschaft und Eigentümern verabreden (die noch nicht stattgefunden haben). Auch in den Ratsfraktionen soll sich etwas bewegen. Wir berichten in der nächsten Ausgabe über aktuelle Entwicklungen zur Zukunft der Südzentrale.



Ein Katalog zur Ausstellung über die Ergebnisse des Architekten-Workshops ist in Vorbereitung.

Forum WHV: www.suedzentrale.de
Deutsche Stiftung Denkmalschutz:
www.denkmalschutz.de

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Die Verräumlichung des kollektiven Gedächtnisses

von Prof. Martin Thumm

In Anlehnung an Sigmund Freud komme ich gern auf den Begriff der 'Verräumlichung des kollektiven Gedächtnisses' zurück, den er für die Architektur, mit der wir in unseren Städten und an jedem anderen Ort konfrontiert werden, geprägt hat. Es ist - denke ich - der brauchbarste Begriff, der je für alles Gebaute, für die Summe aller Gebauten, erfunden wurde.

Beschädigungen dieser 'Verräumlichung', also Verletzungen dieses kollektiven Gedächtnisses und die Folgen, werden immer erst dann besonders deutlich, wenn Teile dieses Gedächtnisses verloren gehen, wenn Kulturdenkmale, der englische Begriff der 'Landmarks' wäre viel besser, wenn also die 'Markierungen' als die Orientierungs- und Leuchtmarken, als die identitätsstiftenden 'Markierungen' der Gesellschaft wie des Einzelnen, schlicht unseres Lebens, wenn diese Markierungen einfach so verschwinden. Wir merken die Dimension des Verlustes erst, wenn er eingetreten ist. Wie heißt es doch so schön: *Man bemerkt das Glück erst, wenn es sich mit großem Getöse verabschiedet.*

Was hinter dieser 'Verräumlichung des kollektiven Gedächtnisses' steckt, ist gewissermaßen das Modell einer Absicherung der Zukunft durch Bevorratung, eine Art 'Lagerhaltung' guter und brauchbarer Vorräte auf den Regalen der Gegenwart für morgen. Von diesen Vorräten leben wir, es ist sozusagen das 'Tafelsilber der Gesellschaft', und von der Geschwindigkeit der heutigen modernen Gesellschaft hängt es ab, wie schnell diese 'Regale' leergeräumt werden, dieses 'Tafelsilber' also - der Begriff drängt sich auf - unbeachtet und hektisch verramscht wird, insbesondere dann, wenn die Zeiten besonders hektisch erscheinen, ja hektisch sind. Der Architekt Gustav Peichl schrieb in der Ausgabe vom 10. März 2000 in 'Die Welt' - ich verkürze - "In den meisten Städten von heute ist eine Phase des Eilens, Hetzens und Stolperns angesagt."

Die Filmschauspielerin Glenn Close formulierte das mal viel freundlicher und auch viel eindringlicher: *"Man darf nicht mehr Glück verbrauchen, als man erzeugt."*

Die Frage, die sich uns hier heute stellt, ist, ob es nun unausweichlich zu einem solchen Verlust kommen muss oder ob er vermeidbar ist, insbesondere dann, wenn andere Wege beschritten werden können. Das gelingt ja durchaus nicht immer. Ich denke, dass wir alle im Augenblick sagen können: Im Falle der Südzentrale haben die Ergebnisse des Workshops solche Wege aufgezeigt.

Nur in der ernsthaften und ausgewogenen Prüfung kann sich zeigen, ob diese Wege tauglich sind, denn natürlich müssen die Interessen aller gewahrt bleiben, besonders und zuerst die des verantwortlichen Eigentümers, aber diese Tauglichkeit oder eben auch Untauglichkeit kann nur überzeugend nachgewiesen werden, wenn diese Wege auch beschritten wurden.

Es wäre ein glücklicher Umstand, wenn der Workshop und diese Veranstaltung heute, wenn nicht der Auftakt, so doch mindestens das Signal dafür sein konnte.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Man muss nicht alles erhalten - hier bestehen heute bedauerlicherweise in weiten Teilen der Öffentlichkeit durchweg völlig falsche Vorstellungen von Denkmalpflege - aber man muss auch nicht alles abräumen.

Das Weiterleben, die Weiterentwicklung eines Baudenkmals, die Weiternutzung und -gestaltung vor allem auch als Aufforderung an die Architekten stellt sich hier als Aufgabe, und zwar für alle irgendwie Beteiligten. Und gerade in solchen schwierigen Fällen darf der Denkmaleigentümer auch nicht im Regen stehen gelassen werden. Er muss auch überzeugt werden, dass er die von ihm zu Recht als Risiko empfundene Übernahme eines Baudenkmals vom Kaliber einer Südzentrale zum Vorteil wenden kann.

Ich will es im Doppelsinn des Wortes auf den Punkt bringen: *Die Zukunft sollte nicht zur Aufgabe der Südzentrale führen, sie sollte zu einer Aufgabe für die Südzentrale werden!*

Schlusswort zum Fachkolloquium
"Südzentrale", 9.10.2004

Freie Humanisten, Jugendfeier 2005

Am 25.11.04 laden die Freien Humanisten Wilhelmshaven jene Eltern und Kinder ins Kreuzelwerk ein, die 2005 an der Jugendfeier teilnehmen wollen.

Wie aktuell und notwendig die Auseinandersetzung zwischen Gottgläubigen und nicht Gläubigen noch heute ist, mögen einige Beobachtungen deutlich machen.

Tagtäglich erleben wir radikal islamisch motivierte Selbstmordattentate arabischer Terroristen und die christliche Antwort eines George W. Bush auf diese sich zuspitzende Entwicklung der letzten Jahre. Trotz 200 Jahren Aufklärung glauben im Führungsland des Westens, den USA, immer noch 9 von 10 Personen an die Existenz eines höheren Wesens, und 7 von 10 an ein Leben nach dem Tod (aus "Aufstand der Vernunft", S.31).

Pures Mittelalter tritt uns entgegen, wenn wir hören, dass praktisch jede wichtige Entscheidung des früheren US-Präsidenten Reagan mit einer Wahrsagerin aus San Francisco abgesprochen wurde, "die Horoskope erstellte, um sicher zu

gehen, dass sich die Planeten in einer günstigen Anordnung für das jeweilige Vorhaben befanden." (aus "Aufstand der Vernunft", S.31)

Im Mai 2004 hat Bischof Huber, der Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), geäußert, die Neutralität des Staates sei verletzt, wenn Regierungsmitglieder an den Jugendfeiern der Freien Humanisten teilnahmen. Wir sehen also, die Auseinandersetzung um solche Fragen macht immer noch Sinn. In der Vorbereitungszeit auf die Jugendfeier werden darüber hinaus auch folgende Themen erörtert: Liebe, Sexualität, Religionen der Welt, Drogen, Krieg und Frieden, Werte und Normen, Demokratie und Toleranz sind weitere Schwerpunkte unserer wöchentlichen Abende; hierzu gewinnen wir fachkundige Referenten, die in der Regel keine freien Humanisten sind. Im Juni findet dann eine Abschlussfeier statt, mit der die Jugendlichen ins Erwachsenenleben entlassen werden. Wir hoffen dann jedes Jahr, das wir ihnen ein wenig geistiges Rüstzeug mitgeben konnten.

Freie Humanisten Wilhelmshaven